

Beiträge zur Politikwissenschaft · Band 3

Robert Staudigl

**Demokratie und / oder Frieden
im Nahen Osten?**



Herbert Utz Verlag · München

Beiträge zur Politikwissenschaft

Band 3

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch
begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung,
des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der
Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem
Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen
bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwendung,
vorbehalten.

Copyright © Herbert Utz Verlag GmbH 2005

ISBN 3-8316-0509-2

Printed in Germany

Herbert Utz Verlag GmbH, München
Tel.: 089-277791-00 · www.utzverlag.de

Inhalt

Einführung	1
1. Das "Democratic peace"-Modell	6
2. Syrien, Israel und die Demokratie	15
3. Demokratischer Frieden und doppelter Standard	30
Bilanz und Ausblick: "Das Feuer der Freiheit"	43
Anmerkungen	52
Abkürzungen	55
Quellen	56
Abbildungsnachweis	74
Literatur	75

Einführung

"When in doubt, blame Syria."¹

Mit diesen Worten beschrieb Linda Heard völlig zutreffend eine politische Situation, in welcher sich mehrere Schlingen um das Regime in Damaskus zuziehen. An allen gegenwärtig negativen Entwicklungstendenzen im Nahen Osten scheint Syrien zumindest mitverantwortlich zu sein.

Sehr viel härter fiel das Urteil des Mehrheitsführers im US-Kongress Tom DeLay während einer Debatte zum "Syria Accountability and Lebanese Sovereignty Restoration Act" aus. Danach fordere Syrien die "zivilisierte Welt" heraus und stelle eine "Bedrohung für alle freien Nationen" dar.²

Auf der Liste der Vorwürfe findet sich eine logistische und politische Unterstützung radikaler palästinensischer Gruppierungen sowie der libanesischen Hizb'Allah, eine Förderung des irakischen Widerstandes und die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen. Angesichts der verbalen Attacken nach Art von DeLay stellt Linda Heard die zweifellos nicht ganz ernst gemeinte Frage, ob Damaskus nicht vielleicht auch für beide Weltkriege, das Ableben von Elvis Presley und den Untergang der Titanic die Verantwortung trage.

Inwieweit die amerikanischen Anklagepunkte der Wirklichkeit entsprechen, wird an späterer Stelle zu klären sein. Unabhängig hiervon stellt sich aber eine noch entscheidendere Frage. Ungenau messbare Verbindungslinien zwischen Damaskus und verschiedenen islamistisch-terroristischen Bewegungen sowie die im Umfang begrenzten Rüstungsprogramme Syriens sind seit langem bekannt. Was führt also zur aktuellen Eskalationspolitik der USA? Warum bedroht Syrien seit 2003 die "freien Nationen", nicht aber zu Zeiten des zweiten Golfkriegs 1990/91 und der Friedensverhandlungen mit Israel zwischen 1993 und 2000?

Interessanterweise tritt dem politischen Beobachter die An-

klageschrift gegen die Regierung Bashar al-Assads im Gewande der Brandmarkung einer Diktatur entgegen. Wie US-Präsident George W. Bush in der Antrittsrede zu seiner zweiten Amtsperiode betonte, solle das "Licht der Demokratie" künftig auch die "dunkelsten Stellen der Welt" erreichen. Um nicht missverstanden zu werden: Als langfristiges Ziel ist eine weltweite, also auch nahöstliche Demokratisierung ohne Zweifel wünschenswert. Wenn aber im Vorderen Orient Frieden und Demokratie momentan in gleicher Weise fern sind, so muss die Frage diskutiert werden, was zunächst möglich und nötig ist, um später weitere Schritte zu realisieren. Oder anders gefragt: Ist eine Demokratisierung als Voraussetzung für eine friedliche Koexistenz anzusehen oder gilt nicht vielmehr der Umkehrschluss?

In diesem Zusammenhang soll im ersten Kapitel die politikwissenschaftliche Debatte des "Democratic peace" nachgezeichnet werden. Daran schließt sich eine Untersuchung an, ob die Theorie des Demokratischen Friedens auf die spezifische Situation im Nahen Osten Anwendung finden kann. Als Grundlage der Bewertung fungiert eine Betrachtung der bereits bestehenden Friedensverträge Israels mit Ägypten und Jordanien sowie der noch ungelösten Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern bzw. Syrern.

Die der gesamten Untersuchung zu Grunde liegende Frage "Demokratie und/oder Frieden" wird mit einer Fokussierung auf die politischen Systeme Israels und Syriens im zweiten Abschnitt vertieft. Sind die Hindernisse für ein Ende des Kriegszustandes in den politischen Strukturen beider Staaten zu finden? Oder spielt der Charakter des politischen Systems nur eine untergeordnete Rolle? Israels Diplomaten beklagen die diktatorische Natur des "Systems Assad" als Friedenshindernis, die Araber dagegen werten dies als Ausrede für mangelnde Dialogbereitschaft. So ist zu überlegen, ob aufgrund fehlender innerer Freiheit eine strukturelle Friedensunfähigkeit der arabischen Seite diagnostiziert werden kann.